

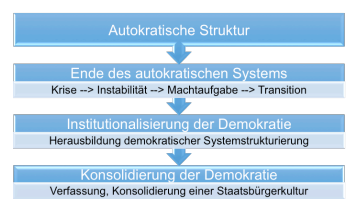
Welche Rolle schreiben sich in Tunesien ansässige, deutsche Organisationen bei der Stärkung des politischen Kompetenzbewusstseins der tunesischen Bevölkerung, als Teil der Konsolidierung einer Staatsbürgerkultur, während des tunesischen Transformationsprozesses seit Januar 2014 zu?

Einführung

Nach der Revolution 2010/11 wird Tunesien als Vorbild für Demokratisierung in der arabischen Welt angesehen. Die im Januar 2014 verabschiedete neue Verfassung und die darauf folgende Parlamentswahl im Oktober legten den Grundstein für eine formelle Demokratie. Wichtig für die vollständige Konsolidierung sind ein grundsätzliches Demokratieverständnis sowie eine Demokratie-Akzeptanz in der Bevölkerung. Auch für deutsche Akteure ist eine langfristig stabile Demokratie in Nordafrika von großem Interesse. Alle deutschen politischen Stiftungen sind mit Büros vor Ort aktiv. Interviews mit Friedrich-Ebert Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung & Hans-Seidel-Stiftung wurden durchgeführt.

Theoretischer Hintergrund & Ergebnisse der Interviews

Demokratiekonsolidierung



Quelle: nach Merkel 2010, S. 95

Staatsbürgerkultur

Stabile Demokratien zeichnen sich durch eine Staatsbürgerkultur aus. Diese wiederum ist gekennzeichnet durch positive Einstellungen der Bürger gegenüber dem politischen Inputbereich bzw. ihrer eigenen Rolle im politischen Prozess.

- Hierzu gehören:
- Politisches Kompetenzbewusstsein
 - Politische Informiertheit
 - Mediennutzungsverhalten
 - Interpersonale Kommunikation
 - Nähe zu einer politischen Partei

Quelle: Almond & Verba 1965, S. 207

Pol. Kompetenzbewusstsein

Politisches Kompetenzbewusstsein ist die psychologische Grundlage politischer Beteiligung. Ein hohes politisches Kompetenzbewusstsein führt zu:

- Einem Selbstverständnis als demokratischer Bürger
- Legitimierung des Systems
- Akzeptanz von Regierungsentscheidungen
- Hohe Output-Zufriedenheit
- Höhere Wahrscheinlichkeit aktiver politischer Partizipation

Quelle: Roth, P. in: Greiffenberger (ed.) 2008, S. 379/380

Friedrich-Ebert-Stiftung

- Status Quo: Die politische Lage ist stabiler als die wirtschaftliche & soziale Situation, die Elitentransformation ist jedoch noch unvollständig
- Herausforderung: Korruption auf allen Ebenen, da der autoritäre Staat in der Form nicht mehr existiert
- Wahlergebnisse und pol. Entwicklungen erfahren weniger Beachtung und eine Demokratiedividende wird nicht erkannt
- Mandat zur Demokratieförderung
- Beratende Funktion, Bsp.: Trilaterale Kooperation zwischen IG-Metall, UGTT und FES

Konrad-Adenauer-Stiftung

- Status Quo: Formelle Demokratie mit Parteienarbeit vorhanden, moderate Regierungskoalition (keine pol. Gewalt) Meinungs- & Pressefreiheit gegeben, freie Stiftungsarbeit möglich
- Energie der Revolution nicht nachhaltig institutionalisiert & Grundlagen zur Demokratie fehlen
- Entwicklungspolitischer Auftrag, zu Demokratie & Wohlstand verhelfen

Hans-Seidel-Stiftung

- Status Quo: Wandel zur Demokratie vollzogen, politischer Friede, starke ZG, kompromissbereite Politiker, aber: Elitenverträge, katastrophale wirtschaftliche Lage, Korruption und einer undemokratischen Parteiorganisation
- Projekte: Hilfe bei Verwaltungs-, Justiz- & Sicherheitsreformen, der Stärkung der Rolle der Frau, Gemeindevertreter-Ausbildung
- Junge Leute als Schwerpunkt der Arbeit
- Zusammenarbeit mit der Ennahda (nicht aber in der Rolle als Partnerpartei)

- Die Revolution wurde als Revolution des ganzen Volkes wahrgenommen und dadurch legitimiert
- Positive Ergebnisse der Revolution blieben auf Angestellte mit festem Arbeitsvertrag beschränkt
- Das Interesse an der politischen Entwicklung des eigenen Landes scheint bei der tunesischen Bevölkerung stark nachgelassen zu haben
- Dank relativ großer Homogenität gibt es dennoch ein großes Zusammengehörigkeitsgefühl als tunesische Bürger

- Verwendeter Begriff für Staatsbürgerkultur: Politische Kultur der Bürger
- Heute fehlt die Verbindung zwischen Staat & Bürger
- Politisches Engagement wird von jungen Menschen oft nicht als sinnvoll angesehen
- Junge Menschen sehen nicht das Ergebnis ihrer Partizipation
- Für sie ist die Demokratie ein nicht eingelöstes Versprechen geblieben

- Staatsbürgerkunde müsste in der Schule unterrichtet werden
- Es existieren große Disparitäten zwischen Schichten & Regionen in der Auffassung von Staatsbürgerkultur
- Bürgerrechte & -pflichten sind der tunesischen Bevölkerung nicht bekannt
- Es herrscht ein verqueres Demokratieverständnis vor

- Viele junge Menschen in Tunesien sehen keine Möglichkeit an der tunesischen Politik teilzuhaben
- Jahrzehnte der Ein-Parteien-Herrschaft und einer autoritären Persönlichkeit an der Spitze des Staates prägen auch das post-revolutionäre Politikbewusstsein der breiten Massen
- Auch wenn das Parlament und der Premierminister laut Verfassung sehr mächtig sind, liegt die politische Macht zum größten Teil beim 90-jährigen Präsidenten, was zu Ernüchterung führt

- Bereits 2011 gab es ein hohes Demokratieverständnis
- Nicht ausgeprägtes pol. Kompetenzbewusstsein
- Beispiel:
 - Abgeordnete sind Bürgern nicht als Ansprechpartner bekannt
 - Parteien werden vor allem als Mittel zum individuellen sozialen Aufstieg & regionaler Interessensvertretung angesehen
 - Benötigt wird: Dezentralisierung & Raum für Bürgerengagement

- Die jungen Erwachsenen fühlen sich auf Grund ihres Alters politisch inkompetent
- Dies wird mit einem übertriebenen Selbstbewusstsein kaschiert, welches einem allgemeinen Bildungsdefizit gegenüber steht
- „Laissez-faire-Mentalität“ der jungen Erwachsenen
- Der Wille, etwas zu verändern, fehlt
- Nicht genutzte Stiftungsgelder
- Profit- und Händlerbewusstsein: „Eintagsfliegen-Bürgergesellschaft“ & „Oberflächenvielfalt“

Selbstwahrnehmung & Evaluierung

Die **FES** versteht ihren Einfluss als begrenzt. Sie sieht sich als einen von vielen Akteuren innerhalb komplexer politischer Vorgänge. Ihr Ziel ist es, politische Partizipation anstelle eines schematischen Demokratieverständnisses zu fördern. Ihrer Auffassung nach können Stiftungen vor allem über etablierte Partnerstrukturen Erfolge erzielen. Ein konkreter Erfolg hier ist die Verhinderung einer Werkschließung in Kooperation mit der UGTT. Eine interne Programm-Evaluation findet jährlich, eine externe Evaluation findet alle zehn Jahre statt.

Die **KAS** sieht ihren außenpolitischen Auftrag für Deutschland hauptsächlich darin, Softpower vor Ort auszuüben. Dabei ist ihr bewusst, dass ihr Einfluss vor allem durch limitierte finanzielle Mittel und ihre räumliche Konzentration auf die Hauptstadt begrenzt ist. Daher erachtet sie ihre Erfolgsaussichten als ernüchternd. Zudem führen große Kulturunterschiede und langjährige Diktaturerfahrung zu der Frage, was die Stiftung vor Ort verändern kann und welche Tatsachen akzeptiert werden müssen.

Die **Seidel-Stiftung** räumt ein, dass ihr Einfluss nicht messbar ist und dass erst nach 2013 Evaluationsmaßnahmen eingeführt wurden. Der Anspruch der Seidel-Stiftung ist es, "den Menschen die Augen zu öffnen und ihre Mentalität nachhaltig zu verändern". Sie sehen sich selbst nicht der Rolle viel bewegen zu können und empfinden ihre Arbeit daher als desillusionierend. Ihrer Meinung nach müsste bei den Tunesiern ein Bewusstsein geschaffen werden, denn letztendlich könnten nur sie etwas beeinflussen. Ein konkretes Erfolgsbeispiel ist die Kandidatur von 150 Frauen für die Regionalwahl nach einem Seidel-Ausbildungsprogramm.

Fazit

Alle drei interviewten Stiftungen halten die Demokratie für grundsätzlich konsolidiert, jedoch wurden entscheidende Aspekte bisher nicht erreicht. Vor allem das politische Kompetenzbewusstsein wird als nicht ausreichend eingeschätzt, deshalb liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf dessen Förderung. Sie räumen jedoch ein, dass ihr tatsächlicher Einfluss begrenzt und schwer messbar ist. Während die **FES** sich eine unterstützende Rolle in der Etablierung einer partizipativen Gesellschaft zuschreibt und die **KAS** ihre außenpolitische Funktion betont, lag der Fokus im Gespräch mit der **Seidel-Stiftung** auf dem vermeintlich mangelnden Engagement der tunesischen Jugend. Diese Unterschiede in der Selbstwahrnehmung der drei Akteure und die divergierende Reflexion ihrer jeweiligen Arbeit führen zu unterschiedlichen Handlungslogiken.